Nr. 79 2. Ausgabe Sonntag, 21. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19526, 19528, 19597, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile 46 mm breit M. 1.40, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile 81 mm breit M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Mehrberechnung. Briefgebühr für Chiffreanzeigen 20 Pf. Wiederholung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Sinzeigen in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 3.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Die Nationalversammlung am Mittwoch in Berlin

Beendigung der Straßenkämpfe in Leipzig — Umbildung der Reichsregierung in Aussicht — Aufmarsch der Truppen im Ruhrrevier — Rücktritt Lettow-Vorbecks und preußischer Regierungsbeamter

Der neunte Tag

Mit dem Recht einer gewissen Erfahrung sagt man in Volkskreisen, daß bei vielen, insbesondere fieberhaften, fieberlichen Erkrankungen der neunte Tag der der kritischen Entscheidung sei. Heute ist der neunte Tag, seitdem Dr. Kapp und Lüttwitz dem durch einen furchtbaren Krieg entschlossenen, durch schreckliche Not und die Wirren der Revolution entsetzlich geschwächten deutschen Volkskörper in frevelhaftester Verblendung das zersetzende Gift der Empörung heimtückisch beigebracht haben. Wer den Verlauf des unausbleiblich schweren Krankheitsprozesses ärztlich beobachtet hat, darf, trotzdem es ringsum im Reiche furchtbar genug aussieht, der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir uns zum wenigsten auf dem Wege aus der Lebensgefahr befinden. Die akute Erkrankung konnte plötzlich verlaufen, aber die Anzeichen des neunten Tages lassen doch erkennen, daß das deutsche Volk nicht in dem Prozeß einer unaufhaltsamen chaotischen Auflösung sich befindet. Zwar kommen insbesondere aus dem in kritischen Zeiten stets doppelt und dreifach kritischen westlichen Kohlenrevier noch immer Meldungen von sehr gefährlichen und gewaltsamen Ausbrüchen, und auch in Leipzig, wo, ebenso wie in Berlin, sich die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie dafür eingesetzt haben, daß nicht sinnloses Wüten sich weiterentwickle, hat sich zweifellos, ebenso wie in den zeitweise durchaus wilden Aktionsausschüssen in Hessen, Thüringen und im Norden und Westen des Reiches, eine bedenkliche Neigung zu Anarchie und Bolschewismus schreckhaft genug geltend gemacht.

Immerhin muß es aber als ein außerordentlich günstiges Symptom gewertet werden, daß es bis zu diesem Augenblick, also auch in der größten Erregung, abgesehen von einzelnen Scharmützeln, die bedauernswert genug in ihren traurigen Folgen sind, in der Reichshauptstadt nicht zu dem befürchteten Kampf aller gegen alle gekommen ist. Gerade Berlin mit seiner zum Teil über alle Maßen radikalisierten Bevölkerung war ja durch das verbrecherische Unternehmen der Kapp und Lüttwitz am meisten gefährdet. Wenn heute der Generalstreik beendet, die Aufnahme der Arbeit am Montag mit Sicherheit zu erwarten ist, so kann man sagen, daß am neunten Tage ein sehr erfreuliches Zeichen sich eingestellt hat, dafür, daß wir nach allem, was wir nun schon durch fast sechs Jahre nacheinander erlitten haben, auch diesen furchtbaren Rückschlag überwinden werden.

Freilich bleibt die Nervosität noch groß und der schwelende Brand in Westfalen gefährlich genug. Indessen dürfen wir die Hoffnung hegen, daß auch hier die Entscheidung nicht mit Gewehren und Minenwerfern zwischen bolschewistischen und nichtbolschewistischen Volksgenossen gefunden wird. Denn ein solcher Kampf würde — auch nur durch eine Woche fortgesetzt, und gleichviel, wie er entschieden würde — dem deutschen Wirtschaftsleben neue gefährliche, vielleicht unheilbare Wunden beibringen. Unsre Hoffnung auf eine Entscheidung durch erträgliche Verhandlungsergebnisse stützt sich darauf, daß in den Aktionsausschüssen im Westen nicht nur Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Kommunisten sich befinden, sondern auch Demokraten, Zentrumsleute, Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften. In Mecklenburg, wo es außerordentlich bedrohlich aussah, sind Mitglieder der Staatsregierung und der militärische Befehlshaber in den Aktionsausschuß eingetreten, und man hat dort gemeinsam Einigungspunkte aufgestellt. Uebrigens ist der General v. Lettow-Vorbeck zurückgetreten, da seine Stellung zu den politischen Dingen nicht klar genug war. Nach alledem ist anzunehmen, daß es wie in Berlin auch an den andern besonders bedrohten Punkten zu Einigungen kommen wird. Vorschläge Deutsch-Leipzigs und Kommer der Berliner Verhältnisse glauben, daß die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes in Berlin von der organisierten Arbeiterschaft als ein Vertrauensvotum der Regierung eingeschätzt wird, das man nicht enttäuschen darf, ohne sich mit Recht dem Vorwurf bolschewistischer oder anarchistischer Neigung und Begünstigung auszusetzen.

Die Einigung in Berlin ist zweifellos von seiten der bürgerlichen Parteien mit schweren Opfern erreicht worden. Und es läßt sich keineswegs verleugnen, daß, insbesondere durch den ersten Punkt der Einigungsformel und seine Fassung geradezu eine Klassen-Nebenregierung etabliert erscheint. Das wird in verfassungstreuen demokratischen Kreisen um so befremdender wirken, weil in den Tagen der schweren Gefahr die Demokraten sich entschlossen gegen die Reaktion gestellt und alle Gefahren mit der Arbeiterschaft geteilt haben. Es bleibt ein Problem, wie schwerwiegende Bestandteile der Einigungsformel mit den Rechten der Verfassung ohne neue schwere Konflikte ausgeglichen werden und eine Unterdrückung gerade der zahlenmäßig großen und bedeutenden Volksteile, die in diesen gefahrvollen Tagen Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft auf den Schanzen gestanden haben, vermieden wird. Das kann nur geschehen, wenn nach diesem überzeugenden Beweis das Mißtrauen zwischen den Volksteilen schwindet, die ohne Gemeinsamkeit nicht leben können.

Ein Problem für sich, wenn auch von geringerem Umfang, bleibt ferner die Rekonstruktion des Kabinetts. Wie wir zuverlässig erfahren, denkt man in irgendwie maßgeblichen Berliner Kreisen, und zwar auch auf seiten der radikalen Linken, nicht an eine Zerstörung der Koalition. Ganz abgesehen von allen andern Gründen würde ja auch ein rein sozialistisches Ministerium weder von der großen Volksmehrheit, noch von dem Vertrauen des Auslandes getragen werden. Wir brauchen aber ebenso wie den inneren moralischen Kredit für unsre Ernährung und den Wiederaufbau auch den höchst realen Kredit des Auslandes. Darüber haben sich ja die Vertreter der englischen Regierung bereits in sehr unzweideutiger Weise ausgesprochen. Blinde Wirtschaftsexperimente würden uns sofort eine effektive Blockade in der Weise bringen, daß wir weder Rohstoffe noch Lebensmittel mehr aus dem Auslande erhalten. Diese unbestreitbaren tatsächlichen Folgen einer einseitigen Radikalisierung werden zweifellos auf die praktische Anwendung der Einigungsformel einwirken. Was aber das Kabinettsproblem angeht, so ergeben sich hier Schwierigkeiten dadurch, daß bekanntlich die Regierungsparteien ebenso wie die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung sich für das Verbleiben Noskes im Kabinett ausgesprochen haben. Und wenn auch in der Einigungsformel nur zur Kenntnis genommen ist, daß Noske seinen Abschied eingereicht hat, so heißt das doch, daß sein Rücktritt von den Berliner Gewerkschaften zur Bedingung gemacht wird. Das hat zweifellos die Folge, daß das Kabinett nun mit Noske wird zurücktreten müssen. Man nimmt in unterrichteten Berliner Kreisen an, daß eine Anzahl der bisherigen Minister vom Reichspräsidenten Ebert in das neue Kabinett wieder berufen wird. Immerhin ist die Lage auch hier noch einigermaßen kritisch. Der Berliner Polizeipräsident, Eugen Ernst, bekanntlich ein Parteigenosse Noskes, hat sich bereits dem Votum der Berliner Gewerkschaften gefügt und sein Amt niedergelegt, ebenso der preußische Minister Heine, während man u. a. mit Bestimmtheit damit rechnet, daß der demokratische Reichsjustizminister Schiffer im neuen Kabinett auf seinen alten Posten zurückkehren wird.

Aber das alles sind kleinere Sorgen. Wenn der Gesundungsprozeß, der zweifellos schon begonnen hat, auch nur langsam vor sich gehen kann, so hat trotz allem Unheil der neue demokratische Staat in diesen kritischen neun Tagen eine so schwere Belastungsprobe überdauert, daß kein Grund zu Pessimismus vorhanden ist. Viele Gefahren bleiben, die akute Lebensgefahr ist überwunden. Deutschland muß leben. Jeder, der den Glauben an die Gesundheit fördert, Vertrauen hinzugibt und Vertrauen wirkt, gegen Mißtrauen sich und andre stark macht, fördert den Gesundungsprozeß. Die Kapp und Lüttwitz haben den Klassenhaß aufs neue angefacht, und das ist das schlimmste Teil ihres Verbrechens. Wer weiterstiftet, tut nichts andres, als was die Kapp und Lüttwitz auch getan haben. Das zehrende Fieber wird uns nicht eher verlassen, als bis diese Einsicht das ganze Volk durchdrungen hat.

Die Ruhe kehrt zurück

✝ Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage in Berlin und im Reiche weist eine zweifellose Entspannung auf. Der Reichskanzler Bauer, Reichspostminister Giesberts und der Minister des Aeußeren Müller befinden sich bereits auf dem Wege nach Berlin und waren heute nachmittag in Magdeburg eingetroffen. Die Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich dafür eingesetzt, daß der gestern nacht beschlossene verschärfte Belagerungszustand wieder aufgehoben wird. Die Berliner Regierungsstellen sind der Ansicht, daß diesem Begehren entsprochen werden kann. Die Versorgung der Stadt Berlin für die nächste Woche gilt als gesichert. Nur Kartoffeln wird es nicht geben, da die Transportschwierigkeiten eine Lieferung nicht möglich machten. Als Ersatz werden reichlich Nährmittel abgegeben werden, vielleicht auch größere Rettrationen. In einem scharfen Zusammenstoß ist es gestern abend, wie wir bereits gemeldet haben, in Neukölln gekommen. 20 Tote blieben auf dem Platze.

Der Abzug der Brigade Ehrhardt

✝ Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Brigade Ehrhardt herrscht noch Unklarheit. Nachhuten von ihr befinden sich noch in den westlichen Vororten, in Lichterfelde, Wilmersdorf und am Rande Charlottenburgs. Es wird erwartet, daß sie von dort heute abziehen werden. Aus dem Reichswehrministerium wird versichert, daß dort kein Hall bekanntgeworden ist, der die Verweigerung eines erteilten Befehls bedeuten würde.

In Berlin eingetroffen

✝ Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Reichskanzler Bauer und Reichspostminister Giesberts sind in Berlin eingetroffen. Minister des Aeußeren Müller ist unterwegs stecengeblieben und wird noch heute erwartet. Es fand eine Sitzung des Reichsrates statt, an der Bauer und Giesberts teilnahmen.

Schwedische Glückwünsche

Stuttgart, 20. März. Ministerpräsident Branting sprach gestern in Stockholm bei einem Empfange des deutschen Gesandten Radolnik der deutschen Regierung seine besten Wünsche zur schnellen Erledigung des reaktionären Putsches aus und bat den Gesandten, dem Reichspräsidenten Ebert seine persönlichen Wünsche zu übermitteln.

Leipzig atmet auf

o. Leipzig, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) In Leipzig scheint sich heute mittag nun endlich die langersehnte Ruhe einkehren zu wollen, wenigstens hört man seit einiger Zeit keine Schüsse mehr. Die bewaffnete Arbeiterschaft, soweit sie organisiert ist, ist seit heute morgen von den Straßen verschwunden. Es ist also den Parteileitungen gelungen, ihre Leute wieder, wenn auch widerstrebend, in die Hand zu bekommen. Was jetzt an Zivilisten noch kämpft, sind Kommunisten und Gesindel, mit denen die Reichswehr wohl auch bald aufgeräumt haben dürfte. Heute vormittag ist immerhin noch häufig in den verschiedenen Stadtgegenden geschossen worden, doch war die innere Stadt, wenn auch auf Umwegen, wieder erreichbar.

Von gestern ist noch nachzutragen, daß es im Westen zu schweren Kämpfen gekommen war. Dort hatten sich die Arbeiter bis an die Thomasschule und an das Konzertviertel vorgeschoben. Die Fregesche und Förstersche Villa in der Sebastian-Bach-Straße wurden von den Arbeitern als Brückenkopf benutzt und gingen bei den erbitterten Kämpfen in Flammen auf. Noch erbitterter war der Kampf am Kristallpalast, der dort seit mittags ununterbrochen bis heute mittag getobt hat.

o. Leipzig, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag hat in Leipzig die Schießerei endlich aufgehört. Die Reichswehr hat mit dem Mob, der heute mittag noch unentwegt weiterschoß, aufgeräumt, und hiermit ist Ruhe eingetreten. Am Nachmittag ergoß sich eine ungeheure Menschenmenge in die Stadt, die befreit aufatmete in dem Gefühl, endlich einmal wieder nach dieser schweren Woche in Freiheit ohne große Behinderung spazierengehen zu können. Abgesperrt war allerdings noch ein Teil der inneren Stadt, aber sonst konnte man sich überallhin frei bewegen. Bei der Besichtigung der Stadt stellte sich heraus, daß die Verwüstungen, die durch die Schießereien der letzten Tage verursacht wurden, einen außerordentlich großen Umfang haben. In vielen Straßen der inneren Stadt ist kaum eine Scheibe ganz geblieben.

× Leipzig, 20. März. Das Zeitfreiwilligen-Regiment mit geringen Reichswehr-Abteilungen hält nach wie vor den inneren Stadtkern. Eine gemischte Stoßabteilung, deren Aufgabe die Sicherung des an das Stadtinnere südwestlich angrenzenden Gebietes war, stieß gestern nach Wegnahme einer Barrikade aus eigenem Antrieb auf das Volkshaus, den Sitz der gegnerischen Kampfleitung, vor. Nachdem die Truppen von dem Volkshause und den benachbarten Grundstücken aus unter schweres Feuer genommen waren, wurde das Volkshaus nach Artillerievorbereitung im Sturm genommen und ging in Flammen auf. Gerüchte über Brandstiftung seitens der Truppen sind erfunden. Weder Brandgranaten noch Flammenwerfer sind in Anwendung genommen. Eine andre Stoßabteilung stürmte Barrikaden im Norden der Stadt, in den besetzten inneren Stadtteilen und in dem angrenzenden Gebiet bis zur Alberstraße und dem Reichsgericht. Die Verluste der Truppen am Volkshause betrugen fünf Tote, 12 Schwerverwundete und ein Leichtverwundeter. 50 Gefangene wurden gemacht. Neuerrichtungen von Barrikaden finden vielfach statt. Die Kämpfe wurden oft aus dem Hinterhalt geführt durch versteckte Maschinengewehre. Im Laufe des Spätabends wurden vom Mob mehrere Gebäude in der Gegend der Plagwitzer Straße in Brand gesetzt und die Feuerwehr zunächst durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer am Rettungswerk verhindert. Die Nacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Zur Zeit finden Plünderungen in den Lebensmittellagern am Lagerhof statt. In den Versammlungen am 19. März wurde das Abkommen über die Waffenruhe geteilt aufgenommen. Ein kleiner Teil der kommunistischen Partei riet von der Fortsetzung des Generalstreiks ab. Die Stimmung ist geteilt. Es wird weiter versucht, die Arbeiter durch Lügennachrichten zu erregen.

In Breslau

ist in den Sonnabend vormittag abgehaltenen Versammlungen des sozialistischen Ausschusses folgende Entschließung einstimmig gefaßt worden: „Die heute tagenden Versammlungen beschließen, den Generalstreik abzubrechen, da die hierfür nötigen Voraussetzungen durch den Abzug der meuternden Truppen, die Freigabe der Verhafteten und Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände nach Maßgabe der Waffen gegeben sind. Die Versammelten behalten sich jedoch vor, den Generalstreik jederzeit, wenn notwendig in verstärktem Maße, in Anwendung zu bringen, wenn es den Truppen jemals wieder einfallen sollte, in unsre Stadt zurückzukehren und den Frieden zu stören. Mit aller Entschiedenheit wird aber die kriegs- und zivilrechtliche Verfolgung aller Schuldigen gefordert. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt am Montag." — Die „Breslauer Zeitung" meldet: General v. Schmettow ist auf Befehl der Regierung durch General Leguis ersetzt worden. — Nachdem die fünf gewerkschaftlichen Eisenbahnerverbände den Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Helke und des Oberregierungsrats Melchers gefordert hatten als Vorbedingung des Abbruchs des Generalstreiks, überzog der Eisenbahnpräsident Helke die Amtsgeschäfte dem Geh. Baurat Wagner und schickte Melchers in Urlaub. — Oberst Schmek hat die Führung der Sicherheitspolizeitruppen in Breslau an den ältesten Truppenkommandeur Major Luchs abgegeben. Oberst Schmek ist beurlaubt worden. — Oberpräsident Philipp und Polizeipräsident Voigt sind wieder in ihre Aemter eingesetzt worden.

Einberufung der Nationalversammlung nach Berlin

i. Stuttgart, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Nationalversammlung begibt sich heute abend nach Berlin. Präsident Fehrenbach hat ein Telegramm an die Mitglieder der Nationalversammlung gesandt, in dem er diese bittet, sich am Montag den 22. d. M. in Berlin einzufinden, damit am folgenden Tage die Fraktionen zu Beratungen zusammentreten können. Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung soll am nächsten Mittwoch in Berlin stattfinden.

Der Kampf gegen den Bolschewismus

Von unserm Mitarbeiter

Stuttgart, 20. März, nachm. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem Reichswehrministerium wird über den Stand der Dinge in Berlin und im Reich folgendes mitgeteilt: Am günstigsten scheinen die Verhältnisse in Berlin zu verlaufen. Die Entscheidung über den Abbruch des Generalstreiks dürfte vermutlich heute schon in günstigem Sinne fallen. Die Truppen in Berlin sind sicher in der Hand des Generals Seeckt. Im Ruhrgebiet hat die Bewegung sich verschärft. Militärische Verstärkungen sind im Anrollen. Ihr Eingreifen dürfte sich in kürzester Frist bemerkbar machen. Die Bewegung, die rein bolschewistischen Charakter angenommen hat, dürfte mit den zur Verfügung stehenden Truppen sicher zu unterdrücken sein. Schwere Kämpfe werden aus Essen und Hamm gemeldet. Man muß den Nachrichten, die aus dem Ruhrgebiet einlaufen, mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen. So sind die Angaben über die der roten Armee zur Verfügung stehenden Truppenmassen sicherlich weit übertrieben, wenn sie mit 40 000 Mann beziffert werden. In Thüringen ist die Macht in vielen Orten in die Hände aufrührerischer Arbeiter übergegangen. Militärische Gegenmaßnahmen sind eingeleitet. Im übrigen Reichsgebiet macht sich eine Landarbeiterbewegung in verstärktem Umfange geltend, so in Mecklenburg, Holstein und Pommern, die ebenfalls bolschewistischen Charakter trägt. Bewaffnete Banden durchziehen dort das Land, plündern Gutshöfe und verhaften deren Besitzer. Das Reichswehrministerium legt endlich noch Wert auf die Feststellung, daß die Truppen der Reichswehr nicht mit den Meuterern in Berlin in einen Topf zu werfen seien. Auch unter den Berliner Truppen ist die große Mehrzahl, die politisch vollkommen ungeschult ist, wesentlich den Befehlen ihrer Führer gefolgt, ohne sich der Tragweite ihrer Handlungsweise bewußt zu sein. Die Reichsregierung wird gegen die Verführer schärfstens einschreiten. Gegen die Mannschaften einzuschreiten, sofern sie lediglich ge- oder verführt wurden, liegt ein Grund nicht vor. Die Truppen treten in Berlin vorbehaltlos für die Regierung ein. Die Regierung betont, daß nur einheitliches Zusammenstehen aller Ordnungsliebenden die Gefahren bannen können, die von links in steigendem Schärfe auftreten.

Im Ruhrgebiet

× Frankfurt am Main, 20. März. Im Ruhrgebiete ist die Lage ernst. In einigen Orten wurden Räteregierungen ausgerufen. Die Truppen des Generals Watter scheinen zu schwach zu sein, um der Bewegung Herr zu werden. Verstärkungen der Reichswehr sind dorthin abgesandt worden. Wie aus Dortmund gemeldet wird, hat die Reichswehr Freitag mittag Essen planmäßig geräumt. Ebenso hat die Garnison Mülheim die Stadt aus taktischen Gründen verlassen. Der Militärbefehlshaber des Duisburger Bezirks erklärt, daß begründete Hoffnung bestehe, die Kommunisten hinter der Ruhr festzuhalten. In Remscheid sind die Aufständischen im Besitz der Macht. In Essen hat sich ein Kohlenrat aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gebildet, der Kohlen nur dorthin abgibt, wo als Gegenleistung Lebensmittel geliefert werden. In Dortmund ist nach den vergangenen kampfreichen Tagen Ruhe eingetreten. Die Beerdigung der Opfer findet heute statt. Die Kohlen- und Lebensmittelsperre verkehren. Die Reichs- und Sicherheitswehr hat sich in Duisburg zurückgezogen. Versprengte Reste der Reichswehr haben sich im Speldorfer Walde verschanzt. Die „Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung" meldet den Uebertritt von 1500 Mann Reichswehr aus dem Bergischen unter einem General in das besetzte Gebiet und ihre Entwaffnung durch die Engländer. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich das ganze Gebiet von Dortmund bis Düsseldorf in der Hand der Arbeiterschaft befindet. Aus Süddeutschland wird Ruhe gemeldet. In Mannheim haben sich in zwei Fabriken wilde Räte gebildet. Aus Düsseldorf hat sich in der Nacht zum Sonnabend das Militär zurückgezogen. Die Einwohnerwehr, die durch organisierte Arbeiter bedeutend verstärkt worden ist, wird für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen. In der Stadt herrscht Ruhe. In den Fabriken ruht die Arbeit fast allgemein.

Mit Einwilligung der Entente

i. Stuttgart, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat von der Entente die Ermächtigung erhalten, die Reichswehrtruppen zur Niederhaltung der Unruhen im Industriegebiet innerhalb des besetzten Gebietes aufmarschieren zu lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920032102/1